143

Amtsgericht Merzig

Beschluss

Terminbestimmung

11 K 37/25 17.09.2026

notiert!
18.09.2026, Laux,Steffi

Im Wege der Zwangsvollstreckung

soll am **Freitag, 8. Januar 2027, 09:15 Uhr**, im Amtsgericht Wilhelmstr. 2, 66663 Merzig, Saal 102, versteigert werden:

Der im Wohnungs- und Teileigentumsgrundbuch von Borg Blatt 912, laufende Nummer 1 des Bestandsverzeichnisses eingetragene 1/2 Miteigentumsanteil an dem Grundstück

Lfd. Nr.	Gemarkung	Flur	Flurstück	Wirtschaftsart und Lage	Größe m²
	Borg	8	7	Gebäude- und Freifläche, Oberleukener Weg 2	1056

verbunden mit dem Sondereigentum an den Räumen im Erd-, 1. Ober, - Dachgeschoss, der Loggia und Motorradgarage jeweils in Erdgeschoß sowie dem mit Heuboden bezeichnete Gebäudeteil (linke Haushälfte vom Oberleukener Weg aus gesehen); Nr 2 laut Aufteilungsplan;

Der Versteigerungsvermerk wurde am 12.11.2025 in das Grundbuch eingetragen.

Verkehrswert: 237.000,00 €

Objektbeschreibung (ohne Gewähr) : Miteigentum, zweigeschossig, nicht unterkellert
(Wohnhaus mit Scheune)
Oberleukener Weg 2 a, 66706 Perl)

Ist ein Recht im Grundbuch nicht vermerkt oder wird ein Recht später als der Versteigerungsvermerk eingetragen, so muss der Berechtigte es spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anmelden. Er muss es auch glaubhaft machen, wenn

der Gläubiger oder der Antragsteller oder bei einer Insolvenzverwalterversteigerung der Insolvenzverwalter widerspricht. Das Recht wird sonst im geringsten Gebot nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt.

Es ist zweckmäßig, schon zwei Wochen vor dem Termin eine Berechnung des Anspruchs – getrennt nach Hauptforderung, Zinsen und Kosten – einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann die Erklärungen auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle abgeben.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des vor bezeichneten Versteigerungsobjekts oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens zu erwirken, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Geschieht dies nicht, tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.

Bieter haben auf Verlangen im Termin an das Gericht Sicherheitsleistung i.H.v. mindestens 10 % des Verkehrswertes zu leisten. Die Sicherheitsleistung kann neben Bundesbankschecks, durch Kreditinstitute ausgestellte Verrechnungsschecks und Bürgschaft nur noch durch Überweisung auf das Konto der Gerichtskasse (IBAN: DE90 5901 0066 0000 5066 68, BIC: PBNKDEFF590) unter Angabe des Aktenzeichens wirksam geleistet werden. Eine Barleistung ist nicht mehr möglich.

Nähere Angaben zu dem Objekt und weitere Zwangsversteigerungsobjekte im Internet unter
www.zvg-portal.de

Geiler
Rechtspflegerin